

FONAS-Stellungnahme gegen eine Aufweichung der Trennung von ziviler und militärischer Forschung

Februar 2025

FONAS fordert:

1. die Aufrechterhaltung und Stärkung der Trennung ziviler und militärischer Forschung,
2. entsprechende klare und hörbare Positionierungen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen,
3. eine Stärkung der Zivilklauseln.

Der Forschungsverbund Naturwissenschaft, Abrüstung und internationale Sicherheit (FONAS) sieht mit Sorge, wie wissenschaftliche Akademien, nationale Regierungen und die Europäische Kommission zunehmend Initiativen lancieren, die eine zivil-militärische Dual-Use-Forschungsförderpolitik verstärken und die bislang teilweise vorhandenen Trennlinien zwischen militärischer und ziviler Forschungsförderung auflösen wollen. Besorgniserregend sind insbesondere das „Weißbuch über Optionen für eine verstärkte Unterstützung von Forschung und Entwicklung zu Technologien mit potenziell doppeltem Verwendungszweck“ der Europäischen Kommission (EK) vom Januar 2024 und das „Positionspapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Forschungssicherheit im Lichte der Zeitenwende“ vom März 2024.¹ Das EK-Papier strebt die Aufhebung der Trennung von ziviler und militärischer EU-Forschungsförderung an, um eine „bessere Integration und gegenseitige Bereicherung ziviler und verteidigungsbezogener Technologie“ zu erreichen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung verfolgt eine Wiederbelebung und Vertiefung von Dual-Use-Förderprogrammen, die in Deutschland seit langem Tradition haben.² Dafür steuert es eine Aushebelung von Zivilklauseln an, die sich Hochschulen und Forschungseinrichtungen selbst gegeben haben.

FONAS befürchtet, dass die Realisierung dieser Pläne zur bewussten Erschaffung oder Erweiterung von zivil-militärischen Grauzonen in Forschung und Entwicklung (FuE) führt. Die ausgelobten Fördergelder schaffen Anreize für zivile Forschungseinrichtungen und Universitäten und können so eine Hintertür zur Militarisierung von Forschung und Hochschulen öffnen. Militärisch relevante Forschungsorientierungen würden verschleiert.

¹ Europäische Kommission. 2024. WHITE PAPER On options for enhancing support for research and development involving technologies with dual-use potential. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52024DC0027>.

Bundesministerium für Bildung und Forschung. 2024. Positionspapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Forschungssicherheit im Lichte der Zeitenwende.

<https://www.bmbf.de/SharedDocs/Downloads/DE/2024/positionspapier-forschungssicherheit.html>.

Zum Weißbuch der Europäischen Kommission gab es bereits eine Stellungnahme von FONAS, siehe Europäische Kommission. 2024. Feedback from: Research Association for Science, Disarmament and International Security (FONAS). https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14060-RD-on-dual-use-technologies-options-for-support/F3464511_en.

² Liebert, Wolfgang, Rainer Rilling, und Jürgen Scheffran, Hrsg. 1994. *Die Janusköpfigkeit von Forschung und Technik: zum Problem der zivil-militärischen Ambivalenz*. Marburg: BdWi-Verlag.

Viele Forschende, insbesondere die abhängig Beschäftigten, würden vordergründig im Unklaren gelassen, wohin die Forschungspfade letztlich führen (sollen). Ethische Dilemmata für die Forschenden sind absehbar.³ Die bewusste Entscheidung, sich an militärischer Forschung zu beteiligen oder ausschließlich für zivile Zwecke wissenschaftlich tätig zu sein, würde erschwert oder ausgehebelt. Die schwer erkennbare Beeinflussung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch frühen Kontakt mit militärisch relevanten Arbeitsfeldern und Auftraggebern wird von FONAS als hoch problematisch eingeschätzt.

FONAS betont, dass Wissenschaft unabdingbar von Transparenz und öffentlicher Zugänglichkeit von Forschungsergebnissen und -daten lebt. Nur so ist es möglich, Resultate unabhängig zu überprüfen und die Qualität der Forschung zu sichern. Nur so lässt sich das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Wissenschaft und ihre Erkenntnisse wahren. Und nur so können Erkenntnisse und Daten ihr volles Potenzial entfalten und von möglichst vielen Menschen und Institutionen genutzt werden. Auf diesem Fundament beruht auch die Open Science-Strategie der Europäischen Kommission.⁴ Militärische Forschung ist jedoch mit Geheimhaltungsinteressen verbunden, die einer Offenlegung widersprechen und welche im Falle einer Vermischung mit ziviler Forschung auch deren Transparenz gefährden.

Weitere zentrale Bausteine der Wissenschaft sind Kooperation und Internationalität. Ausländisches Fachpersonal liefert einen wesentlichen Beitrag zur Forschung an deutschen Hochschulen, insbesondere in der Mathematik und in den Naturwissenschaften. Hier stammt laut dem Weltoffenheitsbericht des DAAD fast jede*r vierte universitäre Mitarbeiter*in aus dem Ausland.⁵ Mehr als die Hälfte des internationalen Personals an deutschen Hochschulen kommt aus Nicht-EU-Ländern. Eine Stärkung dieser internationalen Kooperation und die Erhöhung der Attraktivität Deutschlands für ausländische Forschende sind erklärte Ziele in der Zukunftsstrategie Forschung und Innovation der Bundesregierung.⁶

Diese Ziele sind nicht erreichbar, wenn gleichzeitig die militärische und Dual-Use-Forschung an Hochschulen verstärkt wird. Die erhöhten Sicherheits- und Geheimhaltungsvorkehrungen dieser Forschungszweige können einen wesentlichen Teil des internationalen Personals von vornherein ausschließen. Dass man gewillt ist, solche Einschränkungen bei Projekten mit Dual-Use-Potential vorzunehmen, wurde zum Beispiel im Weißbuch der EK bereits deutlich gemacht. Ohne eine klare Trennung von ziviler und militärischer Forschung läuft Deutschland Gefahr, Forschende und Forschungsprojekte unnötig einzuschränken. Dies schadet dem gesamten Forschungsstandort.

³ Liebert, Wolfgang. 2021. Dual-use-Forschung und -Technologie. In *Handbuch Technikethik*, Hrsg. Armin Grunwald und Rafaela Hillerbrand, 289–294. Stuttgart: J.B. Metzler.

⁴ Directorate-General for Research and Innovation. o. J. Open Science. https://research-and-innovation.ec.europa.eu/strategy/strategy-research-and-innovation/our-digital-future/open-science_en.

⁵ Deutscher Akademischer Austauschdienst und Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, Hrsg. 2024. *Wissenschaft weltoffen 2024. Daten und Fakten zur Internationalität von Studium und Forschung in Deutschland und weltweit*. Bielefeld: wbv Publikation.

⁶ Bundesministerium für Bildung und Forschung. 2023. Zukunftsstrategie Forschung und Innovation. https://www.bmbf.de/SharedDocs/Publikationen/DE/1/730650_Zukunftsstrategie_Forschung_und_Innovation.pdf.

Zivilklauseln verbieten nicht in jedem Fall Forschung, die in Kooperation oder unter Führung militärischer Akteure und entsprechender Finanzierung stattfindet.⁷ Sie schaffen aber einen Haltepunkt, an dem die wissenschaftlichen Institutionen für die Ausrichtung ihrer Forschungsanstrengungen Verantwortung übernehmen. Außerdem schaffen sie einen Rahmen, in welchem die Forschenden selbst ihr Vorhaben anhand unterschiedlicher Perspektiven und Kriterien differenziert betrachten, diskutieren und bewerten können und daraus verantwortbare Entscheidungen ableiten können. Solch ein Prozess kann im Vorwege, während des Vorhabens und in der Ergebnisverwertung stattfinden, bestenfalls mit hinzugezogenen Expert*innen aus Ethik, Rüstungskontrollforschung und Technikfolgenabschätzung. Möglicherweise zeigt sich dann ein überzeugender Mehrwert der Forschung unter anderem für eine friedliche Konfliktlösung, auch unter Berücksichtigung des Kriegsvölkerrechts.

Durch die Abschaffung oder gar das Verbot⁸ von differenzierten Zivilklauseln würde der Diskursraum für die Einschätzung militärischer, militärisch relevanter oder Dual-Use-Forschung an den Hochschulen fehlen. Einzelne Wissenschaftler*innen wären dann auf sich selbst gestellt. Unter dem Druck zu publizieren und Drittmittel einzuwerben, besteht die Gefahr, dass unzureichend reflektierte problematische Projekte verfolgt werden. Die notwendige Verantwortungsübernahme innerhalb der Wissenschaft sollte aber nicht allein auf die einzelnen Forschenden verlagert werden.

Statt einer geplanten Dual-Use-Forschungsförderung, die für eine Konvergenz ziviler und militärischer Forschungspfade sorgen will, ist aus FONAS-Sicht eine Divergenz ziviler und militärischer Programmatik anzustreben. Statt Schaffung von zivil-militärischen Grauzonen ist ihre Entflechtung, so weit wie möglich, erstrebenswert.⁹ Dazu ist die gezielte Förderung von entsprechender Technikfolgenabschätzung, präventiver Rüstungskontrollforschung und ethischer Diskurse notwendig. Auf dieser Basis wäre die Schaffung von Transparenz über Entwicklungstendenzen, Einsatzmöglichkeiten und normative Leitlinien möglich, die sachgerechte und moralisch akzeptable Entscheidungen innerhalb der Forschung und der Politik vorbereiten beziehungsweise unterstützen könnten.

FONAS ist der Auffassung, dass die Bemühung um Trennung ziviler und militärischer Forschung wichtig bleibt und gestärkt werden sollte. Das betrifft auch die Institutionen: Hochschulen und öffentlich geförderte zivile Forschungseinrichtungen sollten weiterhin auf zivile Zwecke und die Bearbeitung entsprechender dringlicher Zukunftsfragen ausgerichtet bleiben. Militärische Forschungsinstitute oder Rüstungsunternehmen mögen die andere Seite des Forschungsspektrums und Dual-Use-Forschung verfolgen, solange der Krieg als Institution nicht gebannt ist.

⁷ Zur Vielfalt der Zivilklauseln in Deutschland vgl. beispielsweise Nielebock, Thomas, Simon Meisch, und Volker Harms, Hrsg. 2012. *Zivilklauseln für Forschung, Lehre und Studium. Hochschulen zum Frieden verpflichtet*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.

⁸ Bayerische Staatsregierung. 2024. *Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern*. München. <https://www.verkuendung-bayern.de/gvbl/2024-257/>.

⁹ Vgl. dazu beispielsweise Liebert, Wolfgang. 2006. Navigieren in der Grauzone: Kontrolle oder Gestaltung von Forschung und Technik? In *Einstein weiterdenken: Verantwortung des Wissenschaftlers und Frieden im 21. Jahrhundert*, Hrsg. Stephan Albrecht, Reiner Braun und Thomas Held, 143–160. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien: Peter Lang.

FONAS ruft Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf, sich zu positionieren und für ebendiese Trennung einzustehen. Hierdurch würden auch die einzelnen Forschenden geschützt. Die Verantwortung würde nicht auf die rein individuelle Ebene verlagert.

FONAS tritt außerdem für eine Stärkung der Zivilklauseln und gegen eine Abschaffung oder Verbot dieser ein. Mit ihrer Hilfe können sich Einrichtungen allgemeine Forschungsleitlinien geben. Auch bieten sie einzelnen Forschenden Unterstützung und einen Diskursraum, um die Forschungsvorhaben in Bezug auf mögliche militärische Nutzung zu analysieren und bewerten.